

R. Seher u. Fran
Instituts-Tanzleh.
Stuttgart.
Oktbr., abds. 8 Uhr
Vorträge werden
entgegenommen.
n. Feldhasen,
s. Marder,
ren Felle
hsten Preisen an.
ndorten gesucht
berühlich.
r, Pforzheim
str. 52, Fernspr. 1501

terinnen
genommen
Unterreichenbach,
Oberschlesien.
ein:
eter Sigmund 10.—
nmlung des Säulthens
Breitenberg 5, Pforz-
kollwangen 20, 2. Samm-
ch 23.—Mk., insge-
und Gewerbe: Frau R.
Frey-Ernst 10.—Mk.
w: Bahnmeister Reinfelder
blattes: N. N. 10, Jule
Kirchengemeinde Leinach
488, 2. Sammlung des
3, F. 10, 2. Sammlung in
Sammlung des Schul-
N. 5, A. R. 20.—Mk.,
sind die Spender von Calw
hmen entgegen
asse Calw
aiver Tagblattes.

Frankkuch & Co.
Zur
Kirchweih
empfehlen
frisch gebrannten
Kaffee
Kaffee
Zee
Kond. gezuckerte
Milch
Helvetia-
Marmeladen
offen und in Gläsern
gar. reinen
Bienenhonig
Rumföhonig
Frankkuch & Co.
G. m. b. H.



Nr. 238. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang

Veröffentlichungswise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 75 Pf. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9. Mittwoch, den 12. Oktober 1921. Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Belegungspreis Mk. 12.50 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die Spannung vor der Entscheidung.

Die obereschlesische Frage.

Zur Lage.

Die obereschlesische Frage ist noch immer eine Frage, leider. Die seitherigen Verhandlungen der Lösung — nach dem Abstimmungsresultat in Oberschlesien u. gemäß dem Versailler „Friedens“-Vertrag selbst die einfachste Sache der Welt — durch den Obersten Rat in Paris und den Völkerbundsrat in Genf bedeuten schon längst für Deutschland nichts Gutes. Die vier Berichterstatter, ein Belgier, ein Holländer, ein Chinese und ein Japaner, des Völkerbundsrats — Berichterstatter, ohne den Streitgegenstand, Oberschlesien, persönlich für die Entscheidung beauftragt zu haben, gelinde gesagt, eine Oberflächlichkeit, in Wahrheit ein Fervor! — diese Berichterstatter scheinen sich bis gestern selbst noch nicht einig gewesen zu sein. Ein „nichteuropäisches“ Mitglied — Nichteuropäer regeln heute die wichtigste Frage Europas — soll sogar mit seinem Austritt gedroht haben. Das Gutachten dieses Vierer-Rats wird der Völkerbundsrat wieder begutachten und zuletzt wird der Oberste Rat darüber entscheiden. Es bleibt ihm allein die letzte Verantwortung. Heute oder morgen sollte die Entscheidung in Genf, Paris und London fallen. Der Oberste Rat wachte bis gestern angeblich noch nichts von den Entwürfen und Vorentwürfen des Vierer-Rats. Zu glauben ist das kaum. Briands jüngste Rede deutete anderes an, und die, amtlich allerdings noch nicht befristete Ankündigung der Aufhebung der militärischen Zwangsmaßnahmen — so erfreulich dies wäre — die Aufhebung der Kontrollkommissionen, die Verminderung der Besatzungskosten, deuten auf eine Entscheidung in der obereschlesischen Frage gegen Deutschland. In letzterem Entgegenkommen hätten wir festzuweisen einen Trostpreis für den Verlust des größten Teils des obereschlesischen Industriegebietes zu sehen und — eine Stütze des Kabinetts Wirth. Auch von der Stundung der Reparationen hat man schon gehört. Sirenen, schlechte Vorzeichen! — In Berlin wird die Sachlage pessimistisch beurteilt. Ein Teil der deutschen Presse schreibt bereits — unverantwortlich genug — vom Sturz des Reichskanzlers und der Reichsregierung. Der Wunsch ist der Vater des Gebenkens. Ein Rücktritt Wirth ist durchaus möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich. Denn das Kabinett Wirth hat sich selbst bezeichnet u. bezeichnet lassen als das Kabinett der Erfüllung. Nimmt man ihm die erste wirtschaftliche Erfüllungsmöglichkeit: Oberschlesien, so nimmt man ihm auch die moralische Verpflichtung, seine Erfüllungspolitik weiter zu treiben. Frankreichs Ziel ist hier nicht eindeutig. Aber in Deutschland sollte man nicht noch dem Feind von außen helfen und mit einer Regierungspolitik spielen, die jetzt am wenigsten helfen würde. Denn die Frage der Erweiterung der Regierung nach links oder rechts oder links und rechts ist noch immer in der Schwebe. Ob die Sonderverhandlungen in London durch den Botschafter Stjerna etwas erreichen, ist mehr als fraglich: wir haben den Eindruck, die Entscheidung ist bereits gefallen, Frankreich und Polen haben die Oberhand, politische Gesichtspunkte über die wirtschaftlichen Fragen gestellt. Lloyd Georges feinergetrigelte Reden für Recht und Billigkeit gegen Deutschland in der obereschlesischen Frage wären dann allerdings böse Lügen gestraft. Von deutscher Seite wird mit allen Mitteln noch einmal ein Druck nach außen hin versucht. Ob er etwas hilft und sich nicht noch in einen Druck gegen innen wandelt, ist wieder eine Frage. Aber wozu die Aufregung? An eine Entscheidung zugunsten Deutschlands hat eigentlich niemand ernstlich geglaubt, oder doch? Deutschland muß trotzdem sein Recht fordern; denn Recht bleibt Recht. Die nächsten Tage oder Stunden entscheiden darüber, ob die Entente ernstlich gewillt ist, Europa aufzubauen oder zu zerstören. Ohne die Mitarbeit Deutschlands geht aber der Wiederaufbau nicht. Und Oberschlesien gehört zu Deutschland.

Die Stimmung in Berlin.

Kurze Sitzung des Reichskabinetts. — Pessimistische Auffassung der Presse. — Drohende Zurücknahme der Kredithilfe durch Industrie, Banken und Landwirtschaft.
Berlin, 12. Oktober. Das Reichskabinett ist gestern Abend nach einer kurzen Sitzung wieder auseinandergegangen, da ihm authentische Nachrichten über das Schicksal Oberschlesiens nicht vorlagen. Das Kabinett wird heute Vormittag 9 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammentreten.
Die Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die für heute Vormittag anberaumt war, ist abgesagt worden, da die Regierung noch nicht in der Lage ist, positive Mitteilungen über das obereschlesische Problem zu machen. Cämtliche Blätter setzen die durch die bisher aus Genf eingetroffenen Nachrichten in Deutschland geschaffene Lage als äußerst kritisch an.

Die „Wossische Zeitung“ erklärt, daß die Entscheidung des Völkerbunds, wenn sie auch nur annähernd so ausfallen sollte, wie die heutigen Meinungen befürchten lassen, keineswegs von Deutschland widerspruchslos hingenommen zu werden brauche. Eine solche Entscheidung wäre kein Votum auf die obereschlesische Abstimmung, sondern vielmehr eine willkürliche Phantasterei, deren Gutheißung weder ein deutsches Kabinett aussprechen könne, noch überhaupt politisch ernst zu nehmenden Männern zumuten wäre. Einer solchen Entscheidung zu weichen habe das Kabinett umso weniger nötig, als der Reichstag zweifellos einmütig dem selbstverständlichen Vorschlag des Kabinetts zustimmen würde, der Entente gegenüber die Entscheidung als unannehmbar und mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehend zu beanstanden.
Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, daß weder das Kabinett Wirth noch irgend ein anderes imstande wäre, die Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag, aus dem Ultimatum und aus den Wiesbadener Abmachungen zu erfüllen, falls Deutschland nur ein Stück des obereschlesischen Industriegebietes genommen würde.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ spricht bereits von einer schweren Regierungskrise. Er äußert sich folgendermaßen in politischen Kreisen verlauten, daß das Reichskabinett fest entschlossen sei, zurückzutreten, wenn die Entscheidung über Oberschlesien so ausfalle, wie es im Augenblick den Anschein habe. — Wie das Blatt weiter mitteilt, seien gestern Abend einige Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie beim Reichskanzler gewesen, um sich mit ihm über die Kreditaktion zu unterhalten. Auch die obereschlesische Frage sei im Zusammenhang damit besprochen worden. Industrie, Landwirtschaft und Handel seien, dem Blatt zufolge, fest entschlossen, angesichts der Nachrichten über die Beschlüsse des Völkerbundsrats die größte Zurückhaltung zu üben. Nach dem etwaigen Verlust von Oberschlesien oder nach der Teilung des Industriegebietes könne die deutsche Volkswirtschaft nach Meinung mahgebender Industriekreise nicht die Kraft besitzen, Leistungen zu vollbringen, wie sie mit dem Abschluß des Kreditabkommens verbunden sein würden. Das Abkommen dürfte also nur abgeschlossen werden, wenn Deutschland Oberschlesien behalte, denn die Industrie u. mit ihr Handel und Landwirtschaft dächten nicht daran, Leistungen zu übernehmen, von denen sie von vornherein wüßten, daß sie nicht erfüllt werden könnten. Außerdem verlaute, dem Blatt zufolge, daß die ausländischen Finanzkreise, die an die deutsche Wirtschaft mit Anleiheangeboten herantreten waren, entschlossen seien, die Angebote zurückzuziehen, wenn Deutschland wichtige Teile Oberschlesiens verlieren sollte.

Die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz schreibt: Die Wegnahme Oberschlesiens in dem Umfang, wie sie geplant scheint, erschüttert die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth. Mit dem Sturz des Kabinetts Wirth wäre aber auch die Koalition selbst kaum noch aufrecht zu erhalten, wenigstens nicht mit einem Erfüllungsprogramm.

Der gleichen Ansicht ist auch die Sozialistische Korrespondenz. Das Reichskabinett.

Berlin, 11. Okt. Wie die Blätter melden, ist die heutige Vormittagsitzung des Kabinetts, die sich mit dem obereschlesischen Problem befaßt hat, um 1 Uhr abgebrochen worden. Die Sitzung wird heute abend um 7 Uhr fortgesetzt werden. Ein endgültiger Beschluß ist weder in der gestrigen, noch in der heutigen Kabinettsitzung gefaßt worden, da der Reichsregierung eine amtliche Mitteilung über den Stand der obereschlesischen Frage in Genf noch nicht vorgelegen hat.
Ein Antrag auf sofortigen Rücktritt.

Berlin, 11. Okt. Nach einer Mitteilung der „Wossischen Zeitung“ soll in der Nachmittagsitzung des Kabinetts der Antrag einer sofortigen Demission der Regierung gestellt und erwogen worden sein mit der Begründung, daß sich das Programm und die Politik des Kabinetts Wirth nicht weiter durchführen lassen würden, wenn Oberschlesien Deutschland verloren ginge. Das Blatt betont aber, daß das Kabinett Wirth nach wie vor den festen Willen zur Erfüllung hat und nur wünscht, daß man ihm die Möglichkeit läßt, den Willen auch weiterhin in die Tat umzusetzen. In diesem Sinne dürfte auch der deutsche Botschafter in London bei Lloyd George Vorstellungen erheben.
Der „Vorwärts“ zur Lage.

Berlin, 11. Okt. Auch der „Vorwärts“ hebt nochmals den festen Willen des Kabinetts Wirth hervor, die Verpflichtungen Deutschlands weiter wie bisher bis an die Grenze des Möglichen zu erfüllen und sagt: Bisher konnten die un-

geheuerlichen Anstrengungen mit gutem Gewissen gemacht werden, weil man uns versichert hatte, der obereschlesische Lungenflügel, dessen wir als Schwerarbeiter unbedingt bedürfen, werde uns nicht beschnitten werden. Was bleibe uns aber zu tun übrig, wenn uns der freie Atem durch den stets drohenden Zugriff einer Reparationskommission behindert werde? Wie sollen wir unser Reparations- und Wirtschaftsprogramm festlegen, wenn in Oberschlesien von neuem ein kurzfristiges Provisorium geschaffen wird? Gewiß, Deutschland wird weiterkämpfen, aber die Verhältnisse sind nicht geklärt genug, um Enttäuschungen, wie Oberschlesien eine zu werden droht, ohne gefährliche Erschütterungen ertragen zu können.

Die Aufgabe des deutschen Botschafters in London.

Berlin, 11. Okt. Dem Tageblatt zufolge soll der deutsche Botschafter in London, Dr. Stjerna, beauftragt worden sein, Lloyd George nicht im unklaren darüber zu lassen, welche politischen Folgen sich aus einer Abtrennung des obereschlesischen Industriegebietes von Deutschland ergeben würden. Die diplomatischen Vertreter Deutschlands in den Ententestaaten sollen ähnliche Weisungen erhalten haben.

Aufruf des deutschen Ausschusses für Oberschlesien an den Reichskanzler.

Aufforderung an die Reichsregierung zum demonstrativen Rücktritt bei Entscheidung gegen Deutschland.

Kattowitz, 12. Okt. Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien hat gestern folgendes Telegramm an den Reichskanzler Dr. Wirth gerichtet: „An den Herrn Reichskanzler, Berlin. Mit steigender Beunruhigung hat der Deutsche Ausschuss von den Nachrichten aus Genf Kenntnis genommen. Wir können nicht glauben, daß sie richtig sind, denn eine solche Entscheidung wäre eine Katastrophe für das gesamte Wirtschaftsleben Oberschlesiens. Die Vergewaltigung des Rechts können wir nicht hinnehmen. Wir rufen in letzter Minute noch einmal das Reich an. Das Zentrum, die Demokratische und die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens haben von sich aus dem Reichskabinett ihren Standpunkt selbstständig dargelegt, daß sie ein Verbleiben ihrer Parteimitglieder im Kabinett einer solchen Entscheidung gegenüber für undenkbar halten. So denkt aber auch der Deutsche Ausschuss in seiner Gesamtheit, in dem in völliger Einigkeit alle deutschen Parteien, Gewerkschaften und sonstige händische Körperschaften Oberschlesiens vertreten sind. Wir haben es verstehen können, daß das Ultimatum der Entente von der Reichsregierung angenommen worden ist, um Oberschlesien für das Deutschland zu retten. Wir würden es nicht verstehen, wenn diesen neuen Rechtsbruch gegenüber die Reichsregierung nicht alle Konsequenzen ziehen würde. Es erscheint uns völlig ausgeschlossen, daß die Regierung etwa dem Ansinnen des Völkerbundsrats nachgeben könnte, dem Wechselbals, den man uns mit dem „autonomen Wirtschaftsgebiet“ oder ähnlichem untergeschoben gedenkt, durch die wirtschaftlichen Kräfte Deutschland Leben einzusaugen. Wenn der Völkerbundsrat nicht wagen will, Recht Recht bleiben zu lassen, so müssen wir es von uns weisen, Gegenstand irrthümlicher politischer und wirtschaftlicher Experimente zu sein. Wir fordern unser Recht, wir fordern aber auch von dem Reich, daß es unser Recht verfechte ohne Rücksicht darauf, ob dem Einzelnen hier wieder schwere Tage bevorstehen mögen. Reichskanzler werde hart!“

Forderung nach Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung bei ungünstiger Entscheidung über Oberschlesien.

Kattowitz, 12. Okt. Die in der Sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellten an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder der deutschen Reichsregierung zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der obereschlesischen Frage ihre Ämter im Reichskabinett niederzulegen und zu erklären, daß die Sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermöge.

Rundgebung heimattreuer Oberschlesier.

Eisenach, 11. Okt. Die Ortsgruppe Eisenach der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier veranstaltete am Mittwoch eine Rundgebung, um der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß der Verlust auch nur eines Teils Oberschlesiens für Deutschland national und wirtschaftlich niederhammernd und für keinen Deutschen erträglich wäre. Sie rief alle Schwestergruppen auf, sich dieser Rundgebung anzuschließen und dem Völkerbund in Genf nochmals eine zu fassende Entschließung im Sinne der Erhaltung Oberschlesiens für Deutschland zu unterbreiten.

Rundgebung der deutsch-demokratischen Partei in Bayern für Oberschlesien.

München, 11. Okt. Vorstandschaft und Landtagsfraktion der Deutschdemokratischen Partei Bayerns erlassen eine Rundgebung für Oberschlesien, in der es heißt: Noch wissen wir nicht, wie der Spruch des Völkerbunds über Oberschlesien lauten wird, aber die bisherigen Nachrichten weisen darauf hin, daß gegen sonnenklares geschichtliches und natürliches Recht, gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags und gegen das Ergebnis der obereschlesischen Volksabstimmung eine Scheinlösung versucht werden soll, die nichts wäre, als eine unerhörte Vergewaltigung des deutschen Volkes und ein tödlicher Schlag gegen sein zukünftiges Leben. Das deutsche Volk muß nochmals seine Stimme erheben und in letzter Stunde sich gegen das ihm drohende Unheil auflehnen, durch welches auch die Wohlfahrt und die Ruhe Europas dauernd gestört würden. Alle deutschen Volksgenossen müssen einmütig bekunden, daß sie eine Entscheidung, die gegen Recht und gute Sitten und gegen alle Grundzüge eines wirklichen Völkerbunds verstoßt, nie anerkennen wollen.

Völkerbundrat und Oberster Rat.

Das Gutachten vor dem Völkerbundrat.

Kein Zusammentreten des Obersten Rates?

Paris, 11. Okt. Wie der Genfer Sonderberichterstatter des „Temps“ meldet, ist der Völkerbundrat heute Nachmittag zu einer inoffiziellen Sitzung bei Baron Pihl zusammgetreten, um den Bericht des Vierer Ausschusses (Belgien, Brasilien, China u. Japan) zu hören. Heute Nachmittag werde der Rat in einer außerordentlichen Sitzung mit der Prüfung dieses Berichts fortfahren, wenn über die Fassung des Gutachtens oder genauer der Lösung, die er anempfehle, im Völkerbundrat selbst noch keine volle Einigkeit hergestellt werden könne. Gleichwohl nehme man in Genf an, daß der Völkerbundrat am Mittwoch dem Vorsitzenden des Obersten Rates, Briand, sein Gutachten werde zustellen können. Indessen sei eine kleine Verzögerung noch möglich. In Genf werde bestritten, daß die englische Regierung gegen eine für Polen zu günstige Lösung eine Art Veto einlegt. Die Londoner Regierung habe ebenso wie die Pariser, die römische und die japanische die Frage dem Völkerbund übergeben und werde sich der Entscheidung des Rats beugen.

„Journal des Debats“ erfährt aus Genf, daß nach gewissen Nachrichten der Völkerbundrat seine Schlussfolgerungen bereits offiziell dem Obersten Rat mitgeteilt habe. Frankreich und England sollen einige Abänderungen verlangt haben. Der Völkerbundrat solle gegenwärtig mit der endgültigen Fassung des Gutachtens beschäftigt sein, das er heute Abend oder morgen dem Ministerpräsidenten Briand werde zugehen lassen.

Nach dem „Journal des Debats“ ist es wenig wahrscheinlich, daß der Oberste Rat zusammentreten muß, um die Entscheidung des Völkerbunds in der obereschlesischen Frage zur Kenntnis zu nehmen und sich über das von dem Völkerbund abgegebene Gutachten auszusprechen. Wahrscheinlich werde man bei dieser Gelegenheit ausschließlich die üblichen diplomatischen Wege gehen.

Die Teilung Oberschlesiens vom Viererrat beschlossen.

Kompromiß zwischen den beiden Sforza-Linien.

Genf, 12. Okt. Wenn man den heute hier vorliegenden natürlich rein privaten Informationen glauben schenken kann, dann kann kaum mehr ein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbundrat tatsächlich die Teilung Oberschlesiens und zwar auch des Industriegebiets beschlossen hat. Ueber die dem Obersten Rat vorschlagende Grenzlinie ist naturgemäß nichts Sicheres und nichts Endgültiges zu erfahren. In Kreisen, die dem Völkerbund nahe stehen, verlautet aber mit Bestimmtheit, daß die Grenze ein Kompromiß zwischen den beiden Sforza-Linien darstellt. Danach sollen an Polen fallen: Rybnik, Pleß, der in den Kreis Pleß hineinragende Südspitz des Kreises Hindenburg, Kattowitz-Stadt und -Land, der Ostteil des Landkreises Beuthen ohne die Stadt und Teile der Kreise Tarnowitz und Lublitz ohne die Städte. Was die rein deutsche Stadt Königs- hütte betrifft, so wird von einer für Polen günstigen Lösung gesprochen. Neben den Bestimmungen über die neue Grenze soll das Gutachten des Völkerbundrats eine Fülle von teilweise sehr verwickelten Bestimmungen enthalten über technische und wirtschaftliche Fragen, deren rechnerische Ausarbeitung auf große Schwierigkeiten stößt. Von den Mitgliedern des Völkerbundrats wird jede weitere Auskunft über die Grenzlinie verweigert.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung.

Genf, 12. Okt. Mit Bestimmtheit verlautet, daß die Veröffentlichung des Gutachtens, gleichviel ob sie von Genf oder Paris ausgeht, erst dann erfolgen soll, wenn alle militärischen Vorbereitungen in Oberschlesien getroffen und für die rechtzeitige Notifizierung an die interessierten Regierungen gesorgt sei.

Politische statt wirtschaftliche Gesichtspunkte.

Genf, 11. Okt. Die hier weilenden Vertreter Oberschlesiens haben aus ihren Unterhaltungen mit Mitgliedern des Völkerbundrats und der Sachverständigen im allgemeinen den Eindruck gewonnen, daß sich die meisten maßgebenden Persönlichkeiten durchaus Rechenschaft ablegen über die katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die eine Teilung nach sich ziehen müßte. Diese Erkenntnis vermochte aber offenbar nicht gegen die politischen Gesichtspunkte aufzukommen, die von anderer Seite vertreten werden und scheint daher ihren Ausdruck nur in verschiedenen Kompromißvorschlägen zu finden, mit deren Hilfe man wenigstens theoretisch die unausbleiblichen unmittelbaren Folgen einer politischen Lösung eindämmen möchte.

Nach keine Entscheidung in London und Paris.

London, 11. Okt. Zu den verschiedenen Gerüchten über Empfehlungen mit Bezug auf Oberschlesien erzählt Reuter: Die Lage ist die, daß die Premierminister der Alliierten in Paris ~~erklärt~~ haben, sie würden die Empfehlungen des Völkerbundrats annehmen. Seit dieser Zeit haben die Mächte keinen Anteil mehr an der Frage genommen, weder direkt, noch indirekt.

London, 11. Okt. Wie Reuter erfährt, werden die Be-

Ämtliche Bekanntmachungen betr. die Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist im Schlachthof in Pforzheim ausgebrochen.

Beobachtungsgebiet ist Pforzheim, Brötzingen und Dillweissenstein.

Die vom Bezirksamt Pforzheim angeordneten Maßregeln sind zu beachten.

Calw, den 10. Oktober 1921. Oberamt: G. S.

Handel mit Kartoffeln u. Ausfuhr von Kartoffeln aus Württemberg. Das Ernährungsministerium hat eine verschärfte Kontrolle des Kartoffelhandels und ein nachdrückliches Einschreiten gegen die sogenannten wilden Kartoffelhändler angeordnet.

Berechtig zum Kartoffelhandel sind nur diejenigen Personen, welche im Besitze eines vom Oberamt ausgestellten Erlaubnissscheines zum Handel mit Lebensmitteln sind.

Alle übrigen Personen, die ohne Erlaubnis des Oberamts handeln, machen sich strafbar und werden im Betretungsfalle der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht.

Zur Kontrolle des Kartoffelhandels ist weiter folgendes vom Ernährungsministerium angeordnet: Kartoffeln dürfen nach Orten außerhalb Württembergs in Wagenladungen bei Bahntransport nur mit einem von der Landesversorgungsstelle abgestempelten Frachtbrief und bei jeder anderen Art der Beförderung nur mit einem Beförderungsnachweis der Landesversorgungsstelle verandt werden. Kartoffeln, die ohne diesen Nachweis nach außerhalb Württembergs verbracht werden, sind zu beschlagnahmen.

Die Ortspolizeibehörden sowie die Landjägerstellen werden beauftragt, den Kartoffelhandel streng zu überwachen. Insbesondere sind Händler nach ihren Handelserlaubnissscheinen zu befragen. Wer keinen ordnungsmäßigen Nachweis bei sich führt, ist sofort dem Oberamt zur Anzeige zu bringen.

Calw, den 8. Oktober 1921. Oberamt: G. S.

Schlüsse der für Oberschlesien besonders ernannten Mitglieder des Völkerbunds sofort dem Räte des Bundes in Genf vorgelegt werden. Sobald der Rat diese Beschlüsse bestätigt hat, werden sie dem Obersten Rat unterbreitet werden. Bisher hat die britische Regierung keine Mitteilung über die Beschlüsse und auch keine Anfrage deshalb ergahen lassen.

Die englische Presse.

London, 11. Okt. Die Blätter weisen in Telegrammen aus Berlin auf die in Deutschland herrschende bedrohliche Spannung bezüglich der erwarteten Entscheidung des Völkerbundrats in der obereschlesischen Frage hin. Die Beratungen zwischen dem Außenminister Dr. Krieger und dem deutschen Botschafter Sthamer, sowie die unmittelbar darauf erfolgte Abreise des Botschafters nach London werden hervorgehoben. — Der diplomatische Berichterstatter des Daily Chronicle schreibt, die Meldung aus Genf, daß in letzter Stunde der Versuch unternommen werden würde, die bevorstehende Entscheidung des Völkerbundrats in der obereschlesischen Frage zu beeinflussen, entspreche nicht den Tatsachen. Ueber die Art der Entscheidung sei nichts Endgültiges bekannt.

Ein weiteres Zeitungsverbot in Oberschlesien.

Kattowitz, 11. Okt. Die Rundschau für das obereschlesische Volk in Kattowitz ist von der Interalliierten Kommission ohne Angabe von Gründen für die Zeit vom 1. bis 25. Oktober verboten worden und zwar, wie man annimmt, wegen eines Artikels über das Selbstbestimmungsrecht des Sulkshiner Vöndchens.

Ausland.

Aufhebung der militärischen Sanktionen?

Berlin, 11. Okt. In Berliner politischen Kreisen sind, (nach dem Stuttg. N. Tagbl.) wie eine Korrespondenz hört, Nachrichten eingetroffen, nach denen man sich zwischen London und Paris geeinigt hat, daß die militärischen Sanktionen in der nächsten Sitzung des Obersten Rates aufgehoben, die Aufhebung der Militärkontrollkommissionen und eine weitere Verminderung der Befahrungskosten beschlossen werden sollen.

Die irische Frage.

Beginn der Konferenz mit den Sinn-Feinern. London, 10. Okt. Wie gemeldet wird, werden die englischen Vertreter am Dienstag vormittag mit der in London eingetroffenen Sinn-Feiner-Delegation in der Downingstreet zusammentreffen.

London, 10. Okt. Die Minister, die an der irischen Konferenz teilnehmen sollen, haben sich heute versammelt, um sich über die Politik der Regierung u. über die Lage in Irland zu besprechen.

England fordert strenge Einhaltung des Waffenstillstandes.

London, 11. Okt. Aus amtlichen Kreisen verlautet, daß, wenn die Sinn-Feiner-Konferenz heute zusammentritt, die britischen Vertreter das feierliche Versprechen fordern werden, daß der Waffenstillstand während der Verhandlungen genauer durchgeführt werde. Es wird angenommen, daß die heutigen Verhandlungen die Form einer offenen Aussprache zwischen den beiden Parteien annehmen mit dem Ziel, eine endgültige Grundlage zu finden, auf der die Verhandlungen in nächster Weise fortgesetzt werden können.

Der irische Oberkommandierende, General Neahy, und der Polizeichef, General Tudor, sind eingeladen, nach London zu kommen. Auch der Bisköpfung Fitz Maun wird erwartet.

Der Aufstand in Indien.

London, 10. Okt. Daily Telegraph erzählt aus Allahabad, daß die ausländischen Moplahs alle Hindus (Frauen und Kinder) miedermegeln. Die Führer der Ausländischen planen die Errichtung eines Moplahs-Königtums. — Die Nachrichten müssen mit Vorsicht aufgenommen werden. Bekanntlich benützen die Engländer als Mittel zur Beherrschung Indiens von jeher die Gegensätze zwischen den Hindus und Mohammedanern und schürten unter Umständen sogar selbst in diesen Kämpfen das Feuer der religiösen Leidenschaften.

Keine Antwort Japans auf Chinas Schantung-Note.

London, 10. Okt. Einer „Exchange“-Meldung aus Newyork zufolge wird aus Tokio berichtet, daß in einem Kabinettsrat beschlossen wurde, daß Japan die Note Chinas bezüglich Schantung nicht beantworten werde. Japan sei entschlossen, die Frage fallen zu lassen und den status quo beizubehalten, bis China die Wiedererörterung der Frage beantrage.

Englische Pressestimmen zu den Entschliessungen der Rußlandhilfe-Konferenz.

London, 10. Okt. „Manchester Guardian“ und „Westminster Gazette“ wenden sich in scharfen Worten gegen die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz in der Frage der Unterstützung Rußlands. „Manchester Guardian“ schreibt: Den verständigen Leuten in Westeuropa scheint nichts mehr übrig zu bleiben als zu versuchen, auf privatem Weg die elementaren Pflichten zu erfüllen, die ihre Regierungen von sich gewiesen haben. „Westminster Gazette“ sagt, die Entschliessungen der Brüsseler Konferenz seien der Mittelpunkt des naekten Zynismus.

Die Ernte 1921 in Rußland.

Kopenhagen, 10. Okt. Einem Telegramm aus Moskau zufolge veröffentlicht das Statistische Zentralbüro folgende Zahlen für das Erntergebnis dieses Jahres: Die Ernte in Brotgetreide in Rußland und der Ukraine beläuft sich auf 2 Milliarden Pud. Nach Abzug des Saatgetreides verbleiben 1 1/2 Milliarden Pud. Man hatte geschätzt, daß die Ernte im Hungergebiet 133 Millionen Pud größer sein würde, als sie in Wirklichkeit war. Zum Ausgleich müssen 50 Millionen Pud Getreide aus dem Ausland eingeführt werden.

Deutschland.

Anschläge auf die Gerichtsgebäude in Leipzig?

Berlin, 11. Okt. Nach einer Meldung des „Berliner Volksanweizers“ aus Leipzig sollen gegen die dortigen Gerichtsgebäude in der Elisenstraße. Die Gebäude werden von Sicherheitsmannschaften bewacht. Die Besucher des Landgerichts müssen sich beim Eintritt einer Leibesuntersuchung unterziehen.

Spenden für Oppau.

Höchst a. M., 5. Okt. Die Höchster Hartwerk stifteten für die Geschädigten von Oppau den Betrag von 1 Million M. Außerdem zeichneten die Mitglieder des Vorstandes der Hartwerk für sich größere Beträge.

Berlin, 8. Okt. Die hiesige Vertretung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik hat der Reichsregierung anlässlich der Oppauer Katastrophe ihre Teilnahme ausgesprochen und eine Spende von 10 000 Mark übermittelt.

Die Verwendung der „Ludendorff“-Spende.

Berlin, 9. Okt. Die Nummer 127 des „Deutschen Abendblattes“ vom 8. d. M. hatte in sensationeller Aufmachung unter den drei Ueberschriften: 1) „Das Geheimnis der Ludendorff-Spende“, 2) „Wie wurden die Millionen-Beträge verwendet?“ und 3) „Wirklich für Kriegsbeschädigte?“ Ausführungen gebracht, die sich auf eine Nummer der Wochenzeitschrift „Die Tradition“ zu stützen schienen. Das Blatt hatte u. a. gefragt, ob es wahr sei, daß 50 Millionen Mark der Ludendorff-Spende der staatlichen Fürsorge zugeführt seien und ob die fehlenden 100 Millionen seinerzeit für sozialdemokratische Wahlpropaganda zur Nationalversammlung vergeudet worden seien. — Demgegenüber stellt das Reichsarbeitsministerium fest: Die im Jahre 1918 vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, in dem die Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge vereinigt waren, unter dem Namen Ludendorff-Spende angebrachten Mittel — rund 160 Millionen Mark — sind zum überwiegenden Teil gar nicht nach Berlin oder an die Zentralstelle geflossen, sondern in den Ländern bzw. Provinzen verblieben, in denen sie gesammelt wurden. Sie wurden und werden hier von den Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge (in Preußen die Landeshauptstelle, in Bayern die Regierungspräsidenten usw.) gemäß den bei der Sammlung ausgegebenen Zweckbestimmungen und somit dem Spenderwillen entsprechend lediglich zur Ergänzung, nicht zur Entlastung der Reichs-, Staats- und Kommunalfürsorge verwandt. Dabei wirken entsprechend dem obengenannten Gesetz die Spitzorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge mit. Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ist der Rechtsnachfolger des alten Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge und gemäß dem genannten Gesetz dem Reichsarbeitsministerium angegliedert. Aus diesem Tatbestand geht bereits die technische Unmöglichkeit hervor, die Mittel der Ludendorff-Spende zur Finanzierung der Wahlpropaganda zu verwenden. Weiter ist der Feststellung des Reichsarbeitsministeriums zu entnehmen, daß eine geprüfte Abrechnung der Ludendorff-Spende im Frühjahr 1919 veröffentlicht und der gesamten Presse übermittelt worden ist.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Oktober 1921.

Zugverkehr.

Der Personenzug Stuttgart ab 5.14 verkehrt von heute ab bis 31. März nächsten Jahres an Wochentagen, ausgenommen Samstags, nur bis Leonberg. Der Zug Stuttgart—Calw, seither Stuttgart ab 5.14 verkehrt von heute ab 8 Minuten später, fährt also erst 5.22 in Stuttgart ab.

Der Schmie
Die Reichs-
ber ersten Mack
Landarbeiter.
haben ersten mi
halten Schmied
Knoß dar; die
120 A. (ultram
Garen in voller
und 160 A. (bl
den. Zunächst
Barto für
Oktober der
übrigen Wert
Waffenbestände
zuerst verbrauch
Waffen, (60 A.
die jetzt neu aus
das Vorliegen
Waffenammer
ents in Berlin
ziehen.
Den Oktober
des Winters n
fest auf dem
warmer Oktob
tallen Januar
viel Frost und
Oktobermücken
Oktober gebiet
Den Oktober st
beide müssen 1
ter, so wird
nennt man den
daß er die Zu
sagt macht Br
Der Oktober
Oktoberjahr ma
Der Proph
Höcher ist in
ausgab u
sich gefestigt ha
anwaltschaft Ba
gen ihn vor w
Wie zur Z
brauch auf der
der Augustiner
Höllkitten in
brauch um mel
Stiere, 40 Rül
schen in Gestalt
ten. 1780 Hü
am Spieß. J
Einklinge verac
tuzende nicht
nisse befristete
Mutmaßlich
Der Höchster
stand. Am D
ziemlich mildes
Arbei
Von noch gr
gebern durch
Verpflichtung
Krieg oder wä
Kraft gearbeitet
tung, allen ent
Krieg. Sol
April nicht du
Kämpfe auf d
die gewerblich
der Allgemeinh
Arbeitsorg
ständig ist und
Kriegsbeschäft
Aber auch die
stellen im eigen
dieser wichtiger
schaffen. In er
der Landwirt
fer werden, di
Lebensunterstütz
eine bestimmte
werden kann u
zu bewerkstell
vor allem Schö
die gewerbliche
Aber darüb
der Zustimmung
wirtschaftlichen
den frühen und
Klassen, als ung
nach Möglichkeit
und Selbstschutz
zu diesem Schri
ten, wenn sie
Karte eine pa

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Am Freitag, den 14. ds. Mts. vormittags von 8-11 Uhr werden auf dem Rathaus Zimmer Nr. 12 an diejenigen Personen, welche auf Grund von einem ärztlichen Zeugnis Weizmehl erhalten, für die Zeit vom 16. Okt. bis 30. November 1921 6 Brotkarten in Weizmehlkarten umgetauscht.

Stadigemeinde Calw.
Es besteht Anlaß, wiederholt auf die Verfügung des Ministeriums des Innern vom 5. November 1874 hinzuweisen, wonach die Besitzer von **großen od. rauflustigen Hunden** verpflichtet sind, den Tieren außerhalb der Wohnung oder des geschlossenen Hofraums einen das Beißen verhindernden **Maulkorb anzulegen.** Verstöße dagegen werden auf Grund des Art. 22 des Polizeistrafgesetzes vom 27. Dezember 1871 bestraft. Außerdem ist die Polizei berechtigt bössartige Hunde töten zu lassen.
Den 11. Oktober 1921.
Stadtschultheißenamt: Gänner.

Zur Kirchweih
empfehlen wir
Mehl, Gewürze, Schmalz, u. alle anderen Rosinen, Badartikel Spar- und Consumverein.

Polierte Stühle
empfiehlt
Christian Buhl
Lederstraße 157

Bruchleidende
bedürfen keiner Operation, oder eines lästigen Federbandes, wenn Sie mein Bruchband „Ideal“ ohne Feder, eigenes System, oder das Bruchband Kolumbus D.R.P. tragen, das Beste was existiert, rutscht und drückt nicht, Tag und Nacht tragbar. Garantie für tadelloses Passen. Leib-, Nabel- u. Vordringel, Geradehalter usw. Langjährige Erfahrung. Reelle Bedienung. Für alle Bruchleidende kostenlos zu sprechen in Calw Samstag 15. Oktober von 8-11^{1/2} Uhr morgens im Hotel „Waldhorn“, in Weilderstadt mittags von 1-4 Uhr, Hotel „Post“, Bandag.-Spezialist Eugen Frei, Stuttgart, Kronenstr. 46.

Diese Woche treffen einige Waggon **Speise-Kartoffeln** ein u. nehmen Bestellungen noch entgegen **Geb. Schlanderer Unterreichenbach**
Fernsprecher 2.

Tüchtige, selbständige Kastenmacher Wagner und Schreiner
für Karosseriebau, sucht zum sofortigen Eintritt.
Daimler-Motoren-Gesellschaft Werk Sindelfingen.

Einen erstklassigen, 20 Monate alten **Zuchtfarren**
Hellrotfleck, hat unter jeder Garantie zu verkaufen.
Bäcker Schöninger, Dornmühl St. Unterreichenbach.

Unterhaugstett, den 12. Oktober 1921.
Todes-Anzeige.

Tiefbetrubt teilen wir Verwandten und Bekannten mit, daß unsere liebe Tochter und Schwester
Räthe Holzäpfel
nach kurzer, schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.
Die trauernde **Familie Gottlieb Holzäpfel.**
Beerdigung Donnerstag Nachmittag 2 Uhr.

Stammheim, den 12. Oktober 1921.
Trauer-Anzeige.

Tieferschüttert teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Karl Strinz
bei dem Unglück in Oppau unerwartet von uns gerissen wurde.
Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Strinz.
Beerdigung Donnerstag Nachmittag 2 Uhr in Stammheim.

Zahn-Atelier F. Lück
Bad Liebenzell
vom 11. bis einschl. 15. ds. Mts. **geschlossen.**

Zur Pflege der Fußböden empfehle **la Fußbodenöl** geruchfrei und staubbindend, **ff. Harttrockenglanzöl**, sowie **Fußbodenlacke** in verschied. Tönen
W. Wohlheber, Liebenzell.

Ata
Henkel's Scheuerpulver
putzt reinigt Alles!

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & C^{ie} Düsseldorf.

Dachshund, schwarz an Füßen, Hals- und Schwanzspitze weiße Flecken, entlaufen.
Wiederbringer erhält gute Belohnung.
S. Kramm, Unterlengenhardt bei Liebenzell, Fernspr. 29.

300 Mark Belohnung!
Verlaufen
hat sich mein rehbrauner, weiblicher **Dachshund**


auf den Namen Liefel hörend zwischen Station Ronndachtal u. Liebenzell Waldweg. Der Bringer erhält 300 Mark Belohnung und Ersatz der Auslagen. Bitte um telefonischen Anruf **E. Notzsch, Pforsheim, Durlacherstraße 67, Fernsprecher 229.**

Pfannkuch & Co.
Zur **Kirchweih** empfehlen:
Gemüse-Nudeln Bfd. 6.— Mk.
Eier-Nudeln Bfd. 8.— Mk.

Maccaroni italienische Griesware Bfd. 8.50 Mk.
Sago
Griinkern
Graupen
Reis.

Pfannkuch & Co.
a. m. b. H.
In Hirsau möbliertes, heizbares **Zimmer** auf 1. November zu vermieten. Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.
Verkaufe 6 St. 6 Wochen alte schöne, **Wolfs-Hunde.**
Eugen Kimmerte, Schlosser, Gärtringen.

Friedrich Funk.
hat zu verkaufen. **Franz Barth, Sägewerk, Calmbach.**
Liebelsberg.
Am Donnerstag, den 13. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr verkaufe ich meine **Milch-Schweine**

Hausgerät zu verkaufen!

Kaffee- u. Speisehaus Calw.
Poststraße 132. Ob. Marktplatz.
Geöffnet von morgens 7 bis abends 9 Uhr.
Inhaber: Fräulein W. J. f.
Bürgerlicher Mittags- und Abendtiisch, warme u. kalte Speisen zu jeder Tageszeit, Kaffee, Tee, Schokolade, sowie alkoholfreie Getränke.
Mäßige Preisberechnung.
Geeignete Räumlichkeiten zur Abhaltung von Versammlungen, Lehrkursen, Kaffeekränzchen, Familienabenden usw.
Gelegenheit für die Schüler zur Fertigung ihrer Schulaufgaben.

LEINKUCHEN-MEHL
SESAMKUCHEN-MEHL
REPSKUCHEN-MEHL
zu Tagespreisen
Alfred Reclam Nagold
Oelsamen-Lohnschlägerei
beim Haupt-Bahnhof. Fernspr. 101.

Frisches Silberkraut
empfiehlt
Spar- u. Consumverein.
Gründlichen Einzel-Unterricht in **Klavier u. Französisch** von junger Dame gesucht. Ausführl. Angebote mit Preis erbeten unt. E. W. 238 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
Ein tüchtiger Steinhauer kann sofort eintreten. Schulhausneubau Liebenzell.
Dr. Entleb's **Franzbranntwein** extra! stark mit Arnika ist d. beste Einreibungsmittel zur Stärkung der Muskeln und Sehnen. Zu haben bei: Huthsteiner & Kistowsky, Ritter-Drog.

Zwei kräftige Sohlen

hat zu verkaufen. **Franz Barth, Sägewerk, Calmbach.**

Lüchtiges Mädchen
das schon gedient hat auf 1. oder 15. November **gesucht.**
Von wem sagt die Geschäftsstelle ds. Bl. und das Arbeitsamt.

Hier!
In den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig Hausgerät zu verkaufen!

Friedrich Funk.

Inserate f. d. Samstagsnummer
bitten wir rechtzeitig aufzugeben.